

Zahnlose Tiger oder Staat im Staate? – Die Stasi und die Wismut in umwelthistorischer Perspektive

Einführung

Der Sonderstatus des Uranbergbaugebiets und die rasche Ausdehnung der wirtschaftlichen Aktivitäten führten dazu, dass die SAG/SDAG Wismut nicht völlig unberechtigt als „Staat im Staate“¹ angesehen wurde. Das Ziel der Wismut war die maximale Uranerzförderung und -produktion, und deren gesamte Organisation übte im Uranbergbaugebiet² eine absolute Macht aus. Die SAG Wismut wurde nicht wie die anderen Sozialistischen Aktiengesellschaften (SAG) in der DDR von der „Verwaltung für das sowjetische Vermögen in Deutschland“ geleitet, sondern unterstand von Anfang an der 8. Verwaltung des Ministeriums für mittleren Maschinenbau in Moskau.³ Dies führte zur Existenz eines strengen Sicherheitsregimes⁴ und einer eigenen Partei- und Sicherheitsabteilung sowie zur umfänglichen Bereitstellung so-

zialer und kultureller Leistungen. Bereits 1949 benutzten westliche Medien die Bezeichnung „Staat im Staate“, um das Gebiet des Uranerzbergbaus in der sowjetischen Besatzungszone zu beschreiben.⁵ Aber auch in den Berichten und Dokumenten des SPD-Ostbüros wurden die sowjetischen Betriebe und deren Arbeitsweise in der DDR Ende der 1940er und Anfang der 1950er Jahre mit diesem Begriff charakterisiert.⁶ Der bisherige Literaturstand geht mit Bezug auf diese Begriffsklärung von dem Konstrukt eines „Staats im Staate“ für das Wismut-Gebiet aus.⁷

Die Auswirkungen und Umweltbelastungen des Uranerzbergbaus gingen aber über die Grenzen eines sogenannten „Staats im Staate“ weit hinaus, obwohl in den Anfangsjahren die gravierenden Umweltprobleme und Strahlenbelastungen kaum zur Kenntnis genommen wurden. Spätestens seit Ende der 1950er Jahre erreichten aber Informationen, Messwerte und Analysen zahlreiche administrative Abteilungen, Verwaltungsstellen und Ministerien. Die hermetische Abriegelung und Sicherung der einzelnen Objekte bedeutete auch nicht, dass es keine Informationen über das Gesamtsystem des Uranerzbergbaus gab. Die in der Forschungsliteratur dominierende Darstellung vom Staat im Staate lässt sich aus einer umwelthistorischen Perspektive nicht halten. Im Gegenteil ergibt sich das Bild einer vielfältigen Verzahnung von administrativen Ebenen und Organen, die in Bezug auf mögliche Umweltbelastungen und deren Folgen relevante Entscheidungen (Auswurfgenehmigungen, Wasserkonzentration, Vergaberechte etc.) zu treffen und teils einen umfangreichen Kenntnisstand über gravierende Mängel in den Betrieben und über den Zustand der Umweltbelastungen hatten.

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) verstand sich als „Schild und Schwert der Partei“ und bündelte außen-, militär-, partei- und gesellschaftspolitische Kompetenzen unter einem Dach. Der neue Apparat wurde streng nach sowjetischem Vorbild aufgebaut, was sich bei Zuständigkeiten, Strukturen, Organisations- und Leitungsprinzipien, operativen Verfahren und geheimpolizeilichen Fachbegriffen zeigte.⁸ Es besaß eine Machtfülle, die auch Befugnisse von Staatsanwaltschaft und Polizei beinhaltete. Als Herrschaftsinstrument diente es dem Erhalt und dem Ausbau der Macht der SED. Dennoch war auch das Ministerium für Staatssicherheit kein Staat im Staate.⁹ Egon Krenz und später Erich Honecker nutzten nach 1990 diesen Begriff, um die eigene Verantwortung für den Sicherheitsapparat von sich zu

Toothless tiger or state within a state? The Stasi and Wismut from a perspective of environmental history

From the outset, the Stasi (official state security service of the German Democratic Republic) took an interest in the uranium mining carried out by Wismut (uranium mining company). Adapting the organisational structure of Wismut to constantly changing production volumes and mining methods also meant adapting the structure of the Stasi to new conditions. From the start, Wismut and the Stasi maintained an eventful relationship which focused on the safety and procedures of operating units as well as the limitation of environmental pollution. Accidents at the Helmsdorf tailings pond in 1961 and the Königstein youth mining operation in 1984 illustrate the actions taken by the Stasi and Wismut as they aimed to control situations and establish causes. In the process, it becomes clear that neither the Stasi nor Wismut were states within a state, and that the Stasi ultimately had no power to do anything effective about environmental pollution.

weisen.¹⁰ Die politische Führung der SED hatte das Ministerium für Staatssicherheit jedenfalls nie in Frage gestellt. Seine Anweisungen erhielt es von der SED und laut seinem Statut hatte es an erster Stelle den Direktiven des Politbüros Folge zu leisten. Das MfS unterstand nur der Kontrolle der SED und war den führenden Genossen rechenschaftspflichtig.¹¹

Die SDAG Wismut und die Staatssicherheit gingen eine wechselvolle Beziehung ein, um die selbstformulierten Ziele des MfS von Kontrolle und Sicherheit in den Betrieben und im gesamten Gebiet des Uranerzbergbaus abzudecken. Im Laufe der Jahre waren aufgrund der sich stetig verändernden Abbau- und Förderbedingungen zahlreiche Anpassungen im Bereich der Organisation und Struktur der SDAG Wismut selbst, aber auch bei der Staatssicherheit notwendig geworden. Die Entwicklung neuer Förder- und Aufbereitungstechnologien forderte genauso wie die Erkundung und der Aufschluss weiterer Lagerstätten die Anpassung der Aufgabenschwerpunkte und Arbeitsweisen bei beiden, was nachfolgend zu zeigen ist.

Dokumentation der Umweltbelastungen in den Anfangsjahren

Obwohl das Thema Umweltschutz seit 1968 in der Verfassung der DDR verankert war, immer wieder Umweltschutzkommissionen implementiert wurden und auch durch das Landeskultur-, Strahlenschutz-, Berg-, Wasser- und Atomgesetz ein rechtlicher Rahmen existierte, wurden die ökologischen Probleme im Gebiet der Wismut nur selten als Folge der ökonomischen Prozesse des Uranerzbergbaus wahrgenommen. Den ersten Umweltbericht der SDAG Wismut stellte 1959 eine Gruppe sowjetischer Wissenschaftler bereit. Diese Aufzeichnung befasste sich mit der radioaktiven Kontaminierung des Oberflächen- und Grundwassers in der Nähe der industriellen Absetzanlage (IAA) Crossen. Die Werte waren so alarmierend, dass die Untersuchung auf zwei weitere Objekte in Freital und Ronneburg ausgeweitet wurde.¹² Der Dambruch des Absetzbeckens Helmsdorf am 7. April 1961 führte dazu, dass die SDAG Wismut eine weitere Studie über die Umweltsituation im Wismut-Gebiet veranlasste. Wie bereits die erste Studie dokumentierten die Ergebnisse der zweijährigen Aufarbeitung erneut die enormen Umweltbelastungen der Gewässer im Einzugsbereich der Wismut-Objekte. Erstmals benannte die Wismut selbst die durch den Uranerzbergbau verursachten Probleme und Belastungen und schlug konkrete Empfehlungen für Veränderungen vor.¹³ In den folgenden Jahren fertigte die SDAG Wismut immer wieder umfangreiche Berichte an, die die Umweltsituation in den Betrieben, in den industriellen Aufbereitungsanlagen, auf Halden und im gesamten Einflussgebiet der Wismut sowie deren Umgebung nachvollziehbar dokumentierten und bewerteten. Doch schon vor dem ersten, eigens von der SDAG Wismut durchgeführten Umweltbericht existierten bereits umfangreiche Gutachten, die auf die hohen Wasserbelastungen in den Vorflutern auf Grund der Erzaufbereitung hinwiesen. So beklagte zum Beispiel der VEB Wasserwirtschaft Weiße Elster im Januar 1955 die extrem starke Verunreinigung der Fließgewässer. Die zunehmende Menge an Schlamm und eine zu hohe Wasserentnahme führte besonders bei Niedrigwasserführung zu einer weitgehenden Verschlammung des Flussbettes der Weißen Elster. Die Wasserwirtschaft¹⁴ lehnte nicht nur die von der SDAG geforderte Entnahmemenge an Brauchwasser ohne Rückleitung in den Vorfluter und die Einleitung von Ab-

wasser ab, sondern forderte auch die vollständige Reinigung aller Abwässer und die Einführung eines Kreislaufverfahrens im Betrieb.¹⁵ Die sowjetischen Kollegen der SDAG Wismut lehnten jedoch ohne Begründung die vorgeschlagenen Maßnahmen ab.

Das am 7. Dezember 1962 unterzeichnete Abkommen zwischen der DDR und der Sowjetunion vereinbarte, alle Aufwendungen für die Nutzung von Grundstücken und Ausgaben für deren Rekulтивierung nunmehr gemeinsam zu tragen. Trotz der gemeinsamen Verantwortung für die Wiederurbarmachung setzte die SDAG Wismut bis zu ihrer Liquidierung im Jahr 1991 nur wenige Ansätze für Sanierung und Wiederurbarmachung vollumfänglich um. Die Gründe dafür waren vielfältig, aber neben den geringen zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln für Wiederurbarmachungsmaßnahmen wirkten sich besonders die unzureichend vorhandenen Arbeitsgeräte, kaum abrufbares Personal und die mangelnde Planung und Koordinierung der Maßnahmen negativ auf deren Umsetzung aus.

Die Entwicklung des Sicherheitsapparates in der Wismut

Am 8. Februar 1950 brachte der Minister des Innern, Karl Steinhoff, einen Gesetzentwurf in die Volkskammer der DDR ein, um die Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft aus dem Ministerium auszugliedern und zum Ministerium für Staatssicherheit umzuwandeln.¹⁶ Die mit der Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit geschaffene Abteilung „W (Wismut)“ erhielt ab 1952 den Status einer Bezirksverwaltung und war als Objektverwaltung innerhalb des MfS gleichrangig zu den Bezirksverwaltungen.¹⁷ Im Rahmen der administrativen Neugliederung der DDR wurden die Länder aufgelöst und 14 Bezirke und 217 Kreise geschaffen.¹⁸ Mit den neu geschaffenen Bezirken auf Staatsebene war die Objektverwaltung jedoch nicht gleichrangig. Auf der Grundlage der Vereinbarung zwischen der Sowjetunion und der DDR erfolgte zum 1. Januar 1954 die Umwandlung der ehemaligen Sowjetischen Aktiengesellschaft in eine Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft (SDAG). Daraufhin wurden den Räten der Bezirke in denen die SDAG Wismut tätig war, bestimmte Aufgaben übertragen. Um diese neuen Aufgaben wahrzunehmen, waren die Bezirke Karl-Marx-Stadt, Gera und Dresden offiziell verpflichtet, eine Abteilung für Wismut-Angelegenheiten zu schaffen.¹⁹

Die Objektverwaltung Wismut war die erste Diensteinheit des MfS, die zur direkten Bearbeitung eines Wirtschaftsobjektes aufgebaut wurde. Die Staatssicherheitsdienste der Sowjetunion und der DDR waren von Anfang an für die Sicherheit des gesamten Uranerzbergbaus verantwortlich. Der Begriff Sicherheit umfasste dabei einerseits den Schutz der Bevölkerung, der Beschäftigten und der Umgebung vor allen Risiken der bergbautechnischen Verfahren und radioaktiven Strahlung. Einbezogen war auch die Sicherung der Produktion als solche. Das bedeutete den Ausschluss von Problemen jeglicher Art, verursacht von inneren wie von äußeren Einflüssen und das Abfließen von Informationen.²⁰ Da die SAG Wismut im Jahr 1954 in eine SDAG umgewandelt wurde, war es möglich, dass die Volkspolizei die Aufgaben des Betriebsschutzes übernahm und das MfS die Bereiche Sicherheit, Ordnung und Geheimnisschutz innerhalb des Unternehmens kontrollierte. Die im Betriebsablauf entstehende und als „yellow-cake“ bezeichnete Uran-Verbindung markierte gleichsam den Übergang von Verantwortung zwischen den sow-

jetischen und deutschen Partnern. Für den sicheren Transport in die Sowjetunion zur Weiterverarbeitung waren die sowjetischen Institutionen verantwortlich.

Parallel zu den Inoffiziellen Mitarbeitern besetzte die Objektverwaltung zentrale Positionen der SDAG Wismut mit „Offizieren im besonderen Einsatz“ (OibE).²¹ Der deutsche Stellvertreter des Generaldirektors für Kader und Sicherheit war beispielsweise gleichzeitig ein OibE und konnte somit jederzeit Maßnahmen zur Sicherung des Betriebsablaufes ergreifen. Die in Karl-Marx-Stadt ansässige Objektverwaltung „Wismut“ der Bezirksverwaltung war für die gesamte Sicherung der Objekte und Betriebsstätten der SDAG Wismut, einschließlich der Spionageabwehr, des Geheimnisschutzes sowie der Vorbeugung und Verhinderung von Störungsfällen jeglicher Art zuständig. Inoffizielle Mitarbeiter (IM)²² und Operative Vorgänge (OV) dienten dazu, die Betriebsspionage und den Geheimnisverrat so gering wie möglich zu halten und einen ungestörten Betriebsablauf zu garantieren. Angesichts eines nicht unerheblichen Teils der Mitarbeiter der SDAG Wismut, die eine Parteimitgliedschaft hatten, stellt sich die Frage, warum das MfS solch einen Aufwand betrieb, um seine eigenen Genossen zu überwachen?

Aufgrund der stetigen Veränderung und Erweiterung in Abbau und Produktion durchlief die Objektverwaltung Wismut zahlreiche Strukturanpassungen, die die Sicherheit in den Betrieben optimierte und effizienter machte.²³ Schon 1960 wurde die Objektdienststelle Auerbach aufgelöst und deren Aufgaben in die Objektdienststelle Plauen integriert. Nur zwei Jahre später, im März 1962, erhielt die Objektverwaltung Wismut eine neue Organisationsstruktur, die eine zentrale Parteileitung, fünf Abteilungen, drei selbstständige Referate und vier Objektdienststellen beinhaltete.²⁴ Die Struktur der Objektverwaltung wurde in den folgenden Jahren immer wieder an die veränderten Gegebenheiten des Uranerzbergbaus angepasst und durch Objektdienststellen (Königstein 1971 und Altenburg 1979) und einzelne Referate ergänzt. Eines der zentralen Themen der SDAG Wismut war von Anfang an die Gewährleistung der Rohstoffbasis. Als Basis für den gesamten Uranerzbergbau war die Erkundung neuer Abbaugebiete im Verständnis der SED-Parteführung und der Staatssicherheit von entscheidender Bedeutung für die Stärkung und Festigung der Verteidigungsbereitschaft der Sowjetunion und des sozialistischen Lagers sowie im Interesse der Sicherung der Energieversorgung der Volkswirtschaft der DDR.²⁵

Der Perspektivplan der SDAG Wismut bis 1970 enthielt zwar Maßnahmen zur Intensivierung der geologischen Erkundungsarbeiten mit dem Ziel, durch Auffinden neuer Lagerstätten den Uranbedarf der Sowjetunion und der DDR für die nächsten Jahrzehnte zu decken, der Leiter der Objektverwaltung „Wismut“ hielt es jedoch für angebracht, die geologischen Erkundungsarbeiten besonders zu sichern und zu überwachen. Anhand dieser Überlegungen befahl er am 6. Januar 1966 die Bildung eines neuen Referats zur politisch-operativen Sicherung der geologischen Erkundungsarbeiten der SDAG Wismut. Dieses Referat umfasste neben dem Objekt „Zentrale geologische Erkundungsexpedition der SDAG Wismut“ die 3. Abteilung der Generaldirektion, das geologische und geophysikalische Labor und das Spektrallabor.²⁶ Das Ziel war nicht nur die „Verhinderung jeglicher Einflussnahme negativer oder feindlicher Kräfte von außen gegen die Tätigkeit der Expedition in den Erkundungsgebieten“, sondern auch die Sicherstellung, dass der „Gegner keinen Einblick in die Erkundungsergebnisse“ erhielt.²⁷ Anders als die geologische Erkundung und das Auffinden neuer Lagerstätten, spielten

die Frage nach der Verfügbarkeit der zur Gewinnung, Förderung und Aufbereitung benötigten Rohstoffe (z. B. Chemikalien), Maschinen und Technik so gut wie keine Rolle.

Nach Befehl 6/82 des Ministers für Staatssicherheit Mielke wurde die Objektverwaltung „Wismut“ zum 1. April 1982 aufgelöst und verlor dadurch den Status einer Bezirksverwaltung innerhalb des MfS. Als Abteilung „Wismut“ wurde diese in die MfS-Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt eingegliedert und die ehemals sieben Objektdienststellen verschwanden. Am 8. Januar 1982 legte der Minister die „Grundsätzlichen Aufgaben der Abteilung Wismut der Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt sowie der Arbeitsgruppe „Wismut“ in Kreisdienststellen und deren Struktur“ fest.²⁸ Der Leiter der Abteilung „Wismut“ hatte zwar umfangreiche Handlungskompetenzen und war zugleich der „Stellvertreter Operativ des Leiters der Bezirksverwaltung“, diesem aber unmittelbar unterstellt und rechenschaftspflichtig. Die Aufgaben der politisch-operativen Sicherung des Industriezweiges durch die Abteilung „Wismut“ wurden wie folgt definiert:

- „Konsequente Durchsetzung der Beschlüsse der Partei und Gewährleistung einer hohen Stabilität, Sicherheit, Ordnung und Disziplin im Verantwortungsbereich;
- Rechtzeitige Aufklärung, Aufdeckung und Beseitigung von Ursachen und begünstigenden Bedingungen für feindlich-negative Handlungen, Vorkommnisse und Erscheinungen;
- Organisierung einer umfassenden vorbeugenden, schadenverhütenden Arbeit, insbesondere zur vorbeugenden Verhinderung von Bränden, Störungen und Havarien, von Störungen bzw. Gefährdungen der Betriebs-Anlagen und Produktionssicherheit sowie beim Umgang mit Sprengmitteln und radioaktivem Material;
- Zielstrebige und umfassende Nutzung aller Möglichkeiten zur Überwindung erkannter Mängel und Mißstände;
- Vorbeugende Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung von Spionagetätigkeit sowie Gewährleistung des Geheimnisschutzes durch die Sicherung der staatlichen, wirtschaftlichen, militärischen und dienstlichen Geheimnisse unter Einbeziehung ihrer personellen Träger;
- Vorbeugende Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung von Sabotage- und Diversionshandlungen sowie von Straftaten gegen die staatliche Ordnung;
- Vorbeugende Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung von politischer Untergrundtätigkeit, politisch-ideologischer Diversion, gegnerischer Kontaktpolitik und staatsfeindlicher Hetze;
- Abwehr unter operativ bedeutsamen Personenkreisen, vor allem zur Klärung der Frage „Wer ist Wer?“ und Aufklärung operativ bedeutsamer Vorkommnisse.“²⁹

Eine weitere Aufgabe des Leiters der neu etablierten Abteilung „Wismut“ war die Zusammenarbeit mit dem Generaldirektor der SDAG Wismut. Im Rahmen der politisch-operativen Sicherung des Industriezweiges Wismut hatte der Leiter der Abteilung Wismut die Kompetenzen, die Strukturen der SDAG Wismut zu nutzen und ständig darauf Einfluss zu nehmen, sodass „Organe und Einrichtungen die ihnen übertragenen Aufgaben und Pflichten zur Gewährleistung von Sicherheit, Ordnung und Disziplin konsequent wahrnehmen und diesbezügliche staatliche Direktiven, Richtlinien, Ordnungen und andere Festlegungen durchsetzen“.³⁰ Die divergierenden Auffassungen über die Kompetenzen des Leiters der Bezirksverwaltung und sogar des MfS im Industriezweig Wismut zeigten sich deutlich an einem Rationalisierungsvorschlag zum Investvorhaben der Karbonatdrucklau-

gung in den Aufbereitungsbetrieben 101 Crossen und 102 Seelingstädt, der in der Information³¹ 12/82 vom 5. Mai 1982 dem Generalsekretär Woloschtschuk unterbreitet wurde. Die Informationstätigkeit der Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt/ Abteilung „Wismut“ war Teil des Aufgabenspektrums und basierte auf der Grundlage von Befehlen des Ministers für Staatssicherheit im allgemeinen und Befehlen und anderen dienstlichen Bestimmungen für die Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt im Besonderen.³² Diese Informationen enthielten Vorschläge und Empfehlungen zu bestimmten Sachverhalten und Problemen. Der Generaldirektor der SDAG Wismut hatte die Verantwortung, diese Vorschläge auf ihre Realisierbarkeit zu prüfen und notwendige Maßnahmen umzusetzen. Die Information 12/82 der Bezirksverwaltung hatte vorgeschlagen, die zur Karbonatdrucklaugung entstandenen Fragen bei „striker Berücksichtigung der von dem Industriezweig Wismut auf der Grundlage des Statuts und des Regierungsabkommens zu lösenden volkswirtschaftlichen Aufgaben durch Experten auf ihre Realisierbarkeit prüfen zu lassen“.³³ Generaldirektor Woloschtschuk betrachtete diesen Vorschlag jedoch als „Einnischung in die inneren Angelegenheiten der SDAG Wismut und Kompetenzen des Generaldirektors, die die Produktion von Uranerz und damit die Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit der Sowjetunion beeinträchtigen“.³⁴ Daraufhin brachte der Generaldirektor zum Ausdruck, dass es sich bei der SDAG Wismut nicht um einen volkseigenen Betrieb der DDR handelte, sondern um einen Betrieb zweier Staaten, der „erstens auf der Grundlage des Regierungsabkommens vom 7. Dezember 1962 und auf der Grundlage des Statuts der SDAG Wismut“ und erst „in zweiter Linie unter Beachtung der Gesetzgebung der DDR“ arbeitete.³⁵ Woloschtschuk war der Meinung, dass die SDAG Wismut allein vom Generaldirektor geleitet wurde und dieser nur dem Vorstand der Gesellschaft und den beiden Aktionären unterstand und rechenschaftspflichtig war. Demzufolge kritisierte er die Mittel und Methoden, mit denen das Ministerium für Staatssicherheit Mängel und Missstände aufdeckte, scharf. Er ging sogar so weit damit zu drohen, sich „beschwerdeführend an die Regierung der UdSSR und der DDR zu wenden“, wenn die Einnisungen in seine Kompetenzen nicht aufhörten.³⁶ Da der Einsatz einer Expertengruppe, wie sie in der Information 12/82 vorgeschlagen wurde, einzig und allein im Entscheidungsbereich des Generaldirektors lag, waren nach Auffassung von Woloschtschuk solche Vorschläge grundsätzlich nicht gerechtfertigt. Demgegenüber wies die Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt darauf hin, dass es nicht im Kompetenzbereich des Ministeriums für Staatssicherheit lag, über wissenschaftlich-technische oder andere ökonomische Probleme zu entscheiden. Die Empfehlungen zur Karbonatdrucklaugung wie auch alle anderen Informationen seien als mögliche volkswirtschaftliche Einsparungen zu betrachten.³⁷ Das Verhalten des Leiters der Bezirksverwaltung und des Generaldirektors unterstrichen die völlig konträren Wahrnehmungen und Einstellungen in Bezug auf die Wismut. Einerseits behandelte der Leiter der Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt auf der Grundlage der Beschlüsse der Partei sowie der Befehle und Weisungen des Ministers für Staatssicherheit die SDAG Wismut als einen volkseigenen Betrieb, andererseits arbeitete der Generaldirektor der SDAG Wismut auf der Grundlage des Regierungsabkommens und hauptsächlich im Interesse der Verteidigungsfähigkeit der Sowjetunion. Obwohl der Generaldirektor anführte, erst an zweiter Stelle nach der Gesetzgebung der DDR zu handeln, war im Regierungsabkommen bereits die Anerkennung der Gesetzgebung der DDR verankert.

Nach der Auflösung der Objektverwaltung „Wismut“ und der Bildung der Abteilung „Wismut“ als integrierter Teil der Bezirksverwaltung nahmen die Informationen über die Situation in den Betrieben und Empfehlungen rapide zu. Besonders im Bereich der „vorbeugenden schadensabwehenden Arbeit“ mit Blick auf Havarien, Brände, Störungen und Unfälle nahm die politisch-operative Arbeit in den 1980er Jahren zu. Die Staatssicherheit konzentrierte sich dabei hauptsächlich auf die Grubenbereiche der Bergbaubetriebe und Aufbereitungsbetriebe, wobei die Fragen der Umweltbelastungen zunehmend mehr Aufmerksamkeit erhielten. Die „Verhinderung von Umweltgefahren durch Abfluss radioaktiver und schadstoffhaltiger Abwässer“ der Aufbereitungsbetriebe war ein zentraler Aspekt.³⁸ Die Bereiche des Strahlenschutzes und der Staubbekämpfung waren zweitrangig, da bereits Maßnahmen der Arbeitsplatzhygiene und des Gesundheitsschutzes in den 1950er Jahren realisiert wurden.³⁹ Die Vorbereitung der Kontrollen in den Objekten und Einrichtungen basierte in der Regel auf den Informationen operativer Analysen in Abstimmung mit den territorial zuständigen Leitern der Dienststellen. Um Gefährdungen und Schwachstellen zu erkennen, nutzte die Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt die gesamte verfügbare inoffizielle Basis sowie eigens dafür geschaffene operative Kontakte in den Gefährdungsbereichen.⁴⁰ In Zahlen bedeutete dies, dass die Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt im Jahr 1985 insgesamt 332 Inoffizielle Mitarbeiter (IM), 35 Gesellschaftliche Mitarbeiter für Staatssicherheit (GMS) und 36 Geheime Mitarbeiter (GM) einsetzte. Von diesen rund 400 Personen waren 200 ständig im Einsatz.⁴¹ Ein zentraler Schwerpunkt der Analysen aus den Jahren 1984 und 1985 waren die mehrfach aufgetretenen Havariesituationen im Jugendbergbaubetrieb Königstein, die wiederholt zur Abgabe radioaktiver Abwässer in die Elbe führten.

Die folgenden beiden Beispiele zum Umgang mit Havarien an Anlagen und in Betrieben der SDAG Wismut in den 1960er und 1980er Jahren verdeutlichen, dass nicht erst der Geheimhaltungsbeschluss des DDR-Ministerrates vom 16. November 1982, der sämtliche Umweltdaten als geheime Verschlussache einstufte, das Umweltthema zu einer Angelegenheit des MfS machte, sondern seit den frühen 1960er Jahren die Umweltprobleme als zentrales Arbeitsfeld eingestuft wurden.⁴² Aufgrund der großen ökonomischen und militärischen Bedeutung des Uranerzbergbaus setzte sich die Staatssicherheit von Anfang an mit der Wismut auseinander und versuchte auf allen Ebenen und in allen Bereichen Einfluss zu nehmen. Die zunehmenden Mängel und Missstände in den Betrieben und einzelnen Anlagen machten die Anlagen- und Produktionssicherheit zu einem bedeutenden Aufgabenbereich der Staatssicherheit.

Die Havarie im Absetzbecken Helmsdorf

Am 7. April 1961 ereignete sich ein Rohrbruch in der Überleitung des Absetzbeckens Helmsdorf und drückte uranhaltigen Schlamm in den Hauptkanal, welcher durch den Damm-tunnel ins Freie führte. In dessen Folge flossen schätzungsweise circa 700.000 Kubikmeter Schlamm durch den Oberrothenbacher Bach in die Zwickauer Mulde. Die Havarie führte dazu, dass die SDAG Wismut auf Grundlage des Dossiers von 1959 nun eine weit umfangreichere Studie über die Umweltsituation im Wismut-Gebiet veranlasste. Wie bereits in der ersten Studie dokumentierten die Ergebnisse der zweijährigen Aufarbeitung

erneut die enormen Umweltbelastungen der Gewässer im Einzugsbereich der Wismut-Objekte. Erstmals benannte die SDAG Wismut selbst die durch den Uranerzbergbau verursachten Umweltprobleme und schlug konkrete Empfehlungen für Veränderungen vor.⁴³ In den folgenden Jahren fertigte die SDAG Wismut immer wieder umfangreiche Berichte an, die die Umweltsituation in den Betrieben, in den industriellen Aufbereitungsanlagen, auf Halden und im gesamten Einflussgebiet der Wismut sowie deren Umgebung festhielten und bewerteten. Aber nicht nur innerhalb der SDAG Wismut führte diese Katastrophe zu einer gestiegenen Wahrnehmung der Umweltbelastungen, sondern auch das Ministerium für Staatssicherheit befasste sich eingehend mit der Havarie und allgemein mit den zunehmenden Umweltproblemen, die der Uranerzbergbau der Wismut verursachte. Mit dem Bekanntwerden der Havarie leitete die Objektverwaltung Wismut eine Untersuchung zur Klärung der Ursachen ein. Diese beinhaltete die Feststellung möglicher Feindeinwirkungen und die Aufdeckung unverantwortlicher Arbeitsweisen.⁴⁴ Um ein umfassendes Bild von der Stimmung in der Bevölkerung und im Betrieb zu erhalten, setzte die Objektverwaltung unverzüglich Geheime Informatoren (GI) und Gesellschaftliche Mitarbeiter (GM) im besonderen Einsatz ein. Auch die Vernehmung der am Absetzbecken eingesetzten Arbeiter führte die Staatssicherheit durch.

In ihrem vorläufigen Abschlussbericht kam die Objektverwaltung „Wismut“ zu dem Ergebnis, dass die Ursache der Havarie eine Kombination aus mehreren Faktoren war. Aspekte, die dazu beitrugen, waren eine nicht vorschriftsgemäße Projektierung des Absetzbeckens (durch den VEB Wasserwirtschaft Bode), eine ungenügende Bauausführung (Verzicht auf Einbau eines Flachschiebers an den Leitungen, Verwendung von Materialien/Beton, die nicht den Anforderungen entsprachen, mangelhafte Verlegung der Rohre), die Nichtabstellung festgestellter Mängel im Jahr 1957 und in den Wochen vor der Havarie (Einbruch von Schlamm in die Rohrleitung), eine ungenügende Kontrolle von Seiten der SDAG Wismut und der Wasserwirtschaftsdirektion sowie unvollständige Unterlagen der Anlagen (genaue Lage der Rohre nicht bekannt), die für eine schnelle Bekämpfung der Havarie nötig gewesen wäre.⁴⁵ Eine Ursache durch irgendeine Art von Feindeinwirkungen konnten aber nicht gefunden werden. Der Bericht forderte die zukünftige Absicherung des Absetzbeckens durch die Volkspolizei und nicht mehr durch den Betriebschutz. Die Ausmaße des Ereignisses in Oberrothenbach waren für jeden sichtbar, nicht zu verschleiern und führten zwangsläufig zu Fragen in der Bevölkerung. Das MfS sah in der Havarie zudem eine gute Gelegenheit, die Kontrolle auszuweiten, und unterbreitete den Vorschlag, alle Beschäftigten zu überprüfen. Der Einsatz von 2 GI in jeder Schicht sollte in Zukunft einen reibungslosen Ablauf der Arbeit der Anlage garantieren.⁴⁶

Probleme mit der Laugungstechnologie im Jugendbergbaubetrieb Königstein (JBK)

Der Uranbergbaubetrieb in Königstein lag im Südosten Sachsens. Ab 1971 wurde sowohl im Untertagebau als auch in Form von chemischer Laugung Uran abgebaut, bis der Standort am 1. Januar 1984 vollständig auf chemische untertägige Laugung mit verdünnter Schwefelsäure umstellte.⁴⁷ Diese Gewinnungsmethode wurde bis 1990 betrieben. Die Gesamturanproduktion während der Lebensdauer des Bergwerks betrug 19.258 Tonnen Uran

(Metall), davon wurden 5.526 Tonnen durch schwefelsaure Laugung gewonnen. Die durchschnittlichen Konzentrationen der Laugungslösungen betragen 2.000 bis 3.000 mg/l Schwefelsäure, pH 1,5 bis 1,8, Salzgehalt 10.000 bis 14.000 mg/l und Uran 10 bis 150 mg/l. Die Uranrückgewinnung lag im Allgemeinen bei 65-75 % innerhalb von drei Jahren. Insgesamt wurden 100.000 Tonnen Schwefelsäure in das Bergwerk eingeleitet.

Diese Laugungstechnologie war jedoch sehr störanfällig und die Reinigung des unter Tage anfallenden Schachtwassers häufig mit Problemen verbunden. Zur Reinigung des in die Elbe abfließenden Abwassers des JBK waren sogenannte Zirkulatoren eingesetzt. Diese Zirkulatoren filterten im Schachtwasser befindliche uranhaltige Feststoffteilchen, welche anschließend der Metallgewinnung zugeführt wurden. Um die Grenzwerte für das in die Elbe eingeleitete Abwasser einzuhalten, war ein pH-Wert des zu reinigenden Wassers von 8-9 notwendig. Da das anfallende Schachtwasser jedoch meist einen pH-Wert von 4 hatte, wurde Kalk zur Neutralisation zugegeben. Durch häufig auftretende Störungen im Unter-Tage-Bereich wie z. B. unkontrollierbare Lösungsaustritte aufgrund von unzureichenden Hydroisolierungen und Defekten an den Rohrleitungen gelangten wiederholt Aufgabelösungen in das Schachtwasser. Dies führte zu einem Absinken des pH-Wertes auf 1,5 bis 2.⁴⁸ Zu diesem Zeitpunkt war aufgrund von Störungssituationen eine Zugabe von Kalk nicht mehr möglich. Außerdem verursachte der Eintritt von Lösungen in das Schachtwasser, wie auch umgekehrt von Schachtwasser in den Lösungskreislauf erhebliche Korrosionsschäden an den Pumpen und Leitungsanlagen. Erkannte der Jugendbergbaubetrieb Königstein diese Störungen nicht rechtzeitig, kam es zu sogenannten Rezirkulatorendurchbrüchen, in deren Folge ungereinigte uranhaltige Feststoffe, aber auch Uran in gelöster Form enthaltendes Wasser in die Elbe abgegeben wurden.

Seit Oktober 1983 gab es 13 Wochenberichte der Kreisdienststelle Pirna der Abteilung Wismut der MfS-Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt über Ausfälle der Laugungstechnologie, über Brüche von Rohrleitungen und über die Einleitung von unbehandeltem Abwasser in die Elbe.⁴⁹ Zu den Problemen gehörten nicht nur Uranverunreinigungen und hohe Feststoffgehalte, sondern auch hohe Konzentrationen von Blei, Thorium und Radium im Wasser. Die Wasserwirtschaft registrierte ständig eine erhebliche Überschreitung der Grenzwerte für die Abwässer des Standortes. Des Weiteren informierte die Abteilung Wismut den 1. Sekretär der Gebietsparteileitung der SED Wismut bis Juli 1984 in insgesamt 5 Probleminformationen über die Gefährdung des Umweltschutzes im Jugendbergbaubetrieb Königstein.⁵⁰ Die Berichte verwiesen insbesondere auf Probleme wie die „Nichtbeherrschung technischer und technologischer Prozesse bei der untertägigen Laugung, die zu Lösungsaustritten führten, die Verletzung der Meldepflicht bei Havarien sowie das inkonsequente Verhalten verantwortlicher Leiter des Betriebes“.⁵¹ Der zuständige inoffizielle Mitarbeiter zur politisch-operativen Durchdringung und Sicherheit der Verantwortungsbereiches (IMS) der Abteilung Wismut, der einen Komplexauftrag zu Fragen der Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit, insbesondere des Umweltschutzes hatte, berichtete wiederholt, dass es Probleme bei der Umsetzung der Laugungstechnologie gab.⁵²

Darüber hinaus kam es zu zahlreichen Unfällen, sodass immer wieder große Mengen an unbehandeltem Schacht- und Abwasser in die Elbe gelangten. Am 24./25. September und am 11. November 1983 ereigneten sich mehrere Rohrbrüche, bei denen zum einen 250 kg Uran und zum anderen 500 m³ saure Lösung in die

Elbe gelangten. Auch die Bezirksverwaltung Dresden registrierte seit Anfang 1984 immer wieder Informationen über die Nichteinhaltung der Grenzwerte. Inoffizielle Mitarbeiter berichteten über die Überschreitung der Grenzwerte bei der vorgeschriebenen Entnahme von Wasserproben aus der Elbeeinleitung. So zeigte die Analyse der am 1. Mai 1984 entnommenen Wasserprobe, dass der Metallgehalt bei 30,5 mg/l (Normativwert 0,6 mg/l) und der Feststoffgehalt bei 2.235 mg/l (Normativwert 20 mg/l) lag. Eine Meldung an die Wasserwirtschaftsdirektion Dresden erfolgte nicht.⁵³ Im Zeitraum von Januar bis Mai 1984 stellte die WWD Dresden wiederholt erhebliche Überschreitungen der Grenzwerte fest, ohne dass vom JBK entsprechende Meldungen veranlasst wurden. Der Leiter der MfS-Bezirksverwaltung Dresden drängte auf die Einhaltung der Grenzwerte und der Meldepflichten, indem er den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Dresden über die Situation informierte, „damit dieser weitere Festlegungen trifft und Einfluss nimmt, damit die Wasserwirtschaftsdirektion Dresden noch wirksamer ihrer Verantwortung nachkommen“ konnte.⁵⁴ Außerdem schlug er vor, direkt über die Generaldirektion der SDAG Wismut Einfluss auf die Durchsetzung der erforderlichen Maßnahmen zu nehmen. Die Situation drängt die Frage auf, ob der Leiter der MfS-Bezirksverwaltung keine anderen Möglichkeiten und Machtkompetenzen hatte, um die geforderten Maßnahmen umzusetzen und Grenzwerte einzuhalten? Schließlich ereignete sich einer der schwersten Unfälle vom 18. bis 23. Oktober 1984. Der Rohrbruch führte zu einem mehrtägigen Zusammenbruch des gesamten Abwassersystems der Anlage. Schon am 17. Oktober 1984 kam es im Rahmen von planmäßigen Sanierungsarbeiten an einem Bohrloch zu einem starken Wasseraustritt. Da sich am Folgetag die Wassermenge mit zunehmendem Feststoffgehalt stetig erhöhte, kam es am Abend des 18. Oktober 1984 zum Durchbruch der Zirkulatoren. Obwohl sich die Situation in Bezug auf die ständige Zunahme des Feststoffgehaltes verschlechterte, informierte der JBK lediglich die WWD Dresden. Die am nächsten Tag eingeleiteten Maßnahmen führten zu einer vorübergehenden Verbesserung der Abwasserqualität, die aber nur von kurzer Dauer war.⁵⁵ Nur einen Tag später informierte der JBK die WWD Dresden erneut über den hohen Feststoffgehalt des Abwassers in die Elbe. Die Lage verschärfte sich zusätzlich, da zum erhöhten Schachtwasseranfall Lösungsaustritte bei untertäglich gelaugten Blöcken hinzukamen. In der Zeit vom 21. bis 23. Oktober 1984 wurden die Lösungsaustritte lokalisiert und beseitigt. Erst am 26. Oktober meldete die Abteilung „Wismut“ die Havarie der Generaldirektion. Die Staatssicherheit beschäftigte sich seit der Umstellung auf die Laugungstechnologie mit den technologischen Problemen und leitete nur wenige Tage später eine Überprüfung des Sachverhaltes der Havarie ein, die die Ursachen, den Ablauf, die Einhaltung der Meldepflicht und die Verantwortlichkeiten für den Unfall klären sollte. Die Überprüfung der Ereignisse der Havarie durch die BV Karl-Marx-Stadt ergab, dass eine konsequente Durchsetzung der Meldepflichten sowohl innerhalb der SDAG Wismut als auch gegenüber den staatlichen Organen eine „rechtzeitige und umfassende Information der zuständigen Dienststellen und des Leiters der Bezirksverwaltung“ gewährleistet hätten. Aus diesem Grund erhielt der erste Stellvertreter des Generaldirektors der SDAG Wismut erst am 29. Oktober 1984 Kenntnis über die Havarie und erst nach einer Auswertung des gesamten Sachverhaltes zwei Tage später wurde der Generaldirektor und die Parteileitung der SED über die Vorfälle informiert.⁵⁶ Obwohl sich Unterschiede in der Bewertung und den Ergebnissen der Analysen der Havarie auf

Ebene der Staatssicherheit, der SDAG Wismut und des Staatlichen Amtes für Strahlenschutz (SAAS) zeigten, bestätigten alle in gleicher Weise, dass die politische Bedeutung des Vorfalls und die ökonomischen Verluste wichtiger waren als die eigentliche Umweltgefährdung und die mögliche radioaktive Verschmutzung der Elbe.⁵⁷ Die möglichen Reaktionen der Bundesrepublik nach einem Feststellen erhöhter Grenzwerte aufgrund der Überwachung der grenzüberschreitenden Flüsse mit sensibler Messtechnik waren wichtiger als die Belastung und Zerstörung der Elbe, einem der wichtigsten Flüsse im eigenen Land. Sogar das SAAS kam zu dem Schluss, dass „trotz der beträchtlichen und langfristigen Überschreitung der zugelassenen Abwasserkonzentration auf Grund der großen Verdünnung in der Elbe [...] keine unzulässige Strahlenbelastung von Menschen oder die Kontamination von Sachgütern“ aufgetreten waren.⁵⁸

Das Resultat der Havarie war die Überschreitung der zugelassenen Feststoff- und Radioaktivitätskonzentrationen des in die Elbe abgeleiteten Abwassers um ein Vielfaches. Innerhalb von fünf Tagen wurden 40 Prozent der jährlichen Radiumkonzentration in die Elbe eingeleitet, außerdem 627 kg Uran und 67 Tonnen Feststoffe.⁵⁹ Die zulässigen Grenzwerte lagen bei 6 mg/l für Uran, 150 pCi/l für Radium und 30 mg/l für Feststoffe im Wasser. Im Zeitraum des Unfalls wurde ein Gehalt von 17,6 mg/l für Uran, 7.400 pCi/l für Radium und 2.660 mg/l für Feststoffe gemessen.⁶⁰

Trotz der umgesetzten und weiteren geplanten Maßnahmen⁶¹ nach der Havarie blieben die Probleme des JBK im Bereich der Laugungstechnologie bestehen. Die BV Karl-Marx-Stadt reagierte mit dem Einsatz weiterer IM und der Leiter der Kreisdienststelle Pirna wurde angewiesen, operativen Einfluss auf die Realisierung der Maßnahmen zu nehmen.⁶² Im gleichen Jahr ereigneten sich noch zwei weitere Rohrbrüche, bei denen wiederholt unbehandelte Abwässer direkt in die Elbe eingeleitet wurden (am 29. Oktober und 10./11. November 1984).⁶³ Auch Anfang Januar 1985 wurden auf Grund einer Störung der Zirkulatoren ungeeignetes Wasser mit einem hohen Feststoffgehalt (337 mg/l) eingeleitet.⁶⁴ Allein im Zeitraum von Anfang 1984 bis Februar 1985 übermittelte die BV Karl-Marx-Stadt im Rahmen der schadensabwendenden Arbeit 23 Sachverhalte an die Gebietsleitung Wismut der SED und staatliche Leitungen. Von den 23 Meldungen im gesamten Wismut-Gebiet befassten sich acht mit ungenügenden Abdichtungsmaßnahmen der Laugungsblöcke, Rezirkulatorundurchbrüchen und unkontrollierten Abflüssen von Lösungen und ungereinigtem Abwasser in die Elbe aus dem Jugendbergbaubetrieb Königstein.⁶⁵ Trotz des hohen Einflusses der Staatssicherheit auf die Strukturen und die Umsetzung von Maßnahmen zum Umweltschutz gelang es dem Standort bis 1991 nicht, die Technik zu beherrschen und die Umweltbelastungen zu verringern.

Die seit dem Jahr 1984 durch die Kreisdienststelle Pirna jährlich angefertigten Sicherungs- und Bearbeitungskonzeptionen des Schwerpunktgebietes „chemische Laugung“ im Jugendbergbaubetrieb Königstein bestätigten einerseits, dass die technologischen Probleme bis 1991 nicht vollständig gelöst werden konnten, und andererseits, dass die Staatssicherheit mit erhöhtem Aufwand versuchte, Einfluss auf die Einhaltung der Vorgaben des Umweltschutzes zu nehmen. Beispielsweise für das Jahr 1986 definierte die KD Pirna die Erfüllung der Staatsplanaufgaben als zentrale Aufgabenstellung, wobei die Realisierung bei „weiteren Arbeitskräftereduzierungen, Kostensenkung pro Kilogramm Metall und unter absoluter Gewährleistung aller Anfor-

derungen des Umweltschutzes“ umzusetzen war.⁶⁶ Im Gegenteil war die Wirkmächtigkeit des MfS auf die Begrenzung der Umweltgefährdungen durch den Uranerzbergbau und im Bereich des Umweltschutzes erfolglos. Die technischen und technologischen Probleme der chemischen Laugung personifizierte die Staatsicherheit und bezeichnete diesen Umstand als „Mängel in der Führungs- und Leitungstätigkeit des Bereiches Laugung mit negativen Auswirkungen“ auf eine effektive Arbeitsweise der Blöcke und Anlagen.⁶⁷ Demzufolge leitete die KD Pirna zahlreiche Operative Personenkontrollen (OPK) und Operative Vorgänge (OV) ein. Zur Erhöhung der technologischen Disziplin hatte die KD Pirna vorgeschlagen, den Bereichsleiter Laugung des JBK von seiner Funktion abzulösen. Als Begründung wurde angegeben, dass der Bereichsleiter „fachlich den Anforderungen nicht mehr gerecht“ wurde.⁶⁸ Am Ende bleibt die Frage offen, welche Konsequenzen die Leitungsebene des Jugendbergbaubetriebes Königstein zu befürchten hatte. Warum wurden die verantwortlichen Personen nicht von ihren Positionen enthoben? Wenn die Kenntnisse und das Bewusstsein für Probleme und Langzeitkonsequenzen der verursachten Umweltbelastungen vorhanden waren, warum wurde dann nicht direkt eingegriffen? Warum unterblieben weitere Ermittlungen und Überprüfungen? Schlussendlich, bleibt zu fragen, was die Personen der Leitungsebene nach 1990 machten und in welchen Positionen (eventuell sogar bei der Wismut GmbH) sie sich wieder fanden?

Die bis 1991 unterirdisch eingebrachte Schwefelsäure führte zu Langzeiteffekten, die bis heute gravierend sind. Ein sofortiges Stoppen des Laugungsprozess war mit der Einstellung der Gewinnungsarbeiten im JB Königstein nicht möglich und verhindert bis zum jetzigen Zeitpunkt eine vollständige Sanierung des Bergbaubetriebes. Der Auslaugungsprozess hat mehr als 55 Mio. m³ Gestein und Grundwasserleiter chemisch beeinflusst, während etwa 1.800 Mio. Liter mit 1.200 bis 1.700 mg/l Schwefelsäure und mehr als 30 mg/l Uran im Porenraum des Gesteins zirkulieren oder eingeschlossen bleiben. Weitere 850 Millionen Liter zirkulieren zwischen der Auslaugungszone und dem Aufbereitungsort.⁶⁹ Die Umweltauswirkungen des Verfahrens werden noch mindestens 100 bis 150 Jahre spürbar und messbar sein und erfordern ein umfangreiches Monitoring für die nächsten Jahrzehnte.

Fazit und Forschungsdesiderate

In den 1980er Jahren verschoben sich die bergbaulichen Aktivitäten größtenteils in den Thüringer Raum. Damit verbunden waren deutliche Veränderungen der natürlichen Umwelt, die für jedermann sichtbar waren – Halden, Tagebaue, Absetzbecken und Aufbereitungsanlagen. Dies hatte Konsequenzen für die politisch-operative Sicherung durch das MfS. Die Schwerpunkte der Umweltbelastung lagen in den Bereich Staub- und Lärmbelästigung, Strahlung der Halden sowie Verunreinigung der Fließgewässer.⁷⁰ Gleichzeitig entwickelte sich ein gestiegenes Umweltbewusstsein, und die permanente Unkenntnis in großen Teilen der Bevölkerung über die tatsächlichen Gefahren des Uranbergbau in Kombination mit westlichen Medienberichten führte zu einer Situation, die immer schwerer für die Staatsicherheit zu kontrollieren war. Beispielsweise schätzte die KD Gera, dass die „Probleme des Umweltschutzes und die Umsetzung der gesetzlichen Bestimmungen eine wichtige politisch-operative Größe“ darstellten, da sie direkten „Einfluss auf die Bevölkerung und ihre

Reaktionen“ hatten.⁷¹ Als größte Gefahr betrachtete die Staatsicherheit, dass die Probleme des Umweltschutzes von „feindlich-negativen Kräften“ ausgenutzt und gegen die Umweltpolitik der DDR gerichtet werden könnten.

Die Umstrukturierung im Jahr 1982 resultierte in eine Verringerung des Personalbestandes, und auch die politisch-operative Arbeit erfolgte nun dezentralisiert durch die Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt sowie die Kreisdienststellen Aue, Zwickau, Gera, Pirna und Freital. Obwohl der Beschluss der Geheimhaltung der Umweltdaten vom 16. November 1982 keine öffentliche Kontrolle mehr ermöglichte und zum weiteren Ausbau der Staatssicherheit führte, hatte die Auflösung der Objektverwaltung im Frühjahr 1982 den entgegengesetzten Effekt. Die deutlich verkleinerte Organisationsstruktur spiegelte die Anpassung der politisch-operativen Bearbeitung der Wismut an die veränderten Abbau- und Produktionsbedingungen wider.

Weder das Ministerium für Staatssicherheit noch die SDAG Wismut waren ein Staat im Staate. Besonders aus umwelthistorischer Perspektive besteht der Bedarf, dieses Konstrukt zu modifizieren. Dieser Beitrag kann nur beispielhaft einen Einblick in die Funktions- und Arbeitsweise des MfS in der SDAG Wismut geben. Um ein klares und detaillierteres Bild zu erhalten, bedarf es weiterer umfangreicher Forschung. Die Fragen nach den Hintergründen der Motivation des MfS, einen so mächtigen Überwachungsapparat aufzubauen, um die eigenen Parteigenossen zu überwachen, stellen ein Desiderat dar. Weitere offene Forschungsfragen beschäftigen sich mit der Verfügbarkeit der notwendigen Rohstoffe zur Absicherung des gesamten Industriezweiges und den Lebensläufen der Verursacher von Havarien, Grenzwertüberschreitungen und gravierenden Umweltbelastungen. Aber auch die Frage, ob die ökonomischen Verluste und politischen Auswirkungen von Umweltbelastungen für die das MfS, die SDAG und die SED schlimmer waren als die direkten Umweltbelastungen, muss noch abschließend geklärt werden.

Das MfS versuchte aktiv auf die Behebung der Probleme und Missstände in den Betrieben einzuwirken, indem es eigene Ermittlungen zu Havarien und Umweltbelastungen durchführte und die Parteiführung informierte.⁷² Abschließend bleibt die Frage: Welche Macht hatte das MfS überhaupt innerhalb der SDAG Wismut? Vielleicht war das Drohpotential des MfS größer als sein Vermögen, in der Realität etwas zu verhindern? Die vorliegenden Dokumente spiegeln nicht die Institution wider, die eine absolute Machtkompetenz hatte, Dinge wie z. B. Personalentscheidungen oder Ausstattungen zu bewirken oder zu verändern. Die hier aufgezeigten Beispiele fokussierten sich auf das Verhältnis des MfS zur Wismut. Aber auch die übrigen beteiligten Akteure wie das Staatliche Amt für Atomsicherheit, die Wasserwirtschaftsdirektionen, das Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft und die Räte der Bezirke konnten keine Wirkmächtigkeit entfalten, um den Umweltbelastungen und -problemen entgegenzuwirken.⁷³

Anmerkungen

- 1 Lateinisch: Imperium in Imperio.
- 2 Die Terminologie „Uranbergbaugebiet oder Wismut-Gebiet“ muss stets im zeitlichen Kontext gesehen werden, da sich die territoriale Ausdehnung des Gebietes mit dem Abwurf stillgelegter Anlagen und dem Aufschluss neuer Abbaugelände ständig veränderte. Des Weiteren ist die Definition des Begriffes von direkten (Abbau- und Aufbereitungsgebiete) und indirekten (Erkundungs- und Belastungs-

- gebiete) der SAG/SDAG Wismut abhängig. Als Kerngebiet können die Gegenden um Aue, Ronneburg, Freital und Königstein gezählt werden.
- 3 Es ist anzunehmen, dass hinter dieser Organisations- und Leitungsstruktur die Rüstungsindustrie, der Geheimdienst und das Atomministerium der Sowjetunion standen.
 - 4 Neben dem Aufbau der Objekte der SAG Wismut entwickelten die sowjetischen Sicherheitsdienste NKWD, MGB und MWD Strukturen zur Absicherung der Objekte und des Transports der Produktion in die Sowjetunion. Später übernahm die Aufgaben des Betriebsschutzes an einzelnen Standorten die Volkspolizei. Vgl. Sacharow 1991. Zur Einrichtung eines Sicherheitsregimes unter sowjetischer Kontrolle vgl. Barkleit 2011, S. 171.
 - 5 Die Zeit, 3. Februar 1949, „Staat im Staate“ – Sowjetbetriebe.
 - 6 Friedrich Ebert Stiftung – Archiv der sozialen Demokratie.
 - 7 Boch/Karlsch 2011; Karlsch 2007; Karlsch/Zeman 2002; Karlsch/Schröter 1996.
 - 8 Für umfassende Analysen des KGB-Modells und seiner Übernahmen in anderen WVO-Ländern siehe Gordiewsky/Andrew 1990; Gieseke 1990 und 2011.
 - 9 Giesecke 2011.
 - 10 Egon Krenz war 1990 SED-Generalsekretär und seit 1983 Sekretär für Sicherheitsfragen im Apparat des ZK der SED. Vgl. dazu auch die These von Wilkening 1990.
 - 11 Das Statut des MfS vom 20. Juli 1969 dokumentierte die Rangfolge der Grundlagen, auf deren Boden das MfS zu handeln hatte: auf Basis des Programms der SED, der Beschlüsse des ZK und des Politbüros der SED und der Verfassung der DDR. Vgl. Gieseke 2011.
 - 12 W. D. Krutscherenko: Bericht über die Ergebnisse der umwelthygienischen Untersuchung des hydrographischen Netzes und der Umgebung von Betrieben der SDAG Wismut, 1959, in: Unternehmensarchiv der Wismut: M 428. Vgl. Schramm 2012, S. 71-87.
 - 13 Schröter 1996, S. 343-372.
 - 14 Die Struktur, Funktionsweise und Entwicklung des Systems der Wasserversorgung in der DDR erklären Thürnagel 2014; Simon/Zwirnmann 2019.
 - 15 Gutachten zur Brauchwasserversorgung im Bergbaugebiet Seelingstädt/Trünzig, Juni 1955, VEB Wasserwirtschaft Weiße Elster, in: Thüringisches Staatsarchiv Rudolstadt: 5-51-5020-634.
 - 16 Gieseke 2011, S. 23; Gieseke 2006; Tantscher 1998, S. 48-56.
 - 17 Als Folge der administrativen Neugliederung der DDR wurden die MfS-Landesverwaltungen aufgelöst und in Bezirksverwaltungen umgewandelt sowie zusätzliche Kreisdienststellen geschaffen.
 - 18 Herbst 1994.
 - 19 Scheller 2009, S. 295-297.
 - 20 Gerhard Barkleit unterteilt den Begriff Sicherheit in zwei grundlegende Aspekte – Safety und Security, vgl. Barkleit 2011, S. 163.
 - 21 Angaben zur Anzahl der IM und OibE bei der SDAG Wismut finden sich bei Barkleit 2011, S. 192-197.
 - 22 Müller-Enbergs 2008. Der hier angegebene Anzahl von 189.000 Inoffiziellen Mitarbeitern beim MfS widersprach Kowalczyk 2013 unter Berufung auf MfS-eigene Zahlen, die für 1988 110.000 IM angaben.
 - 23 Eine detaillierte Beschreibung der Entwicklung findet sich bei Barkleit 2011.
 - 24 Die Objektdienststellen waren Aue, Karl-Marx-Stadt/Siegmar, Ronneburg und Zwickau.
 - 25 Befehl Nr. 1/66 von Oberst Zuschke, 6. Januar 1966, in: Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU): MfS-Sekretariat des Ministers, Nr. 1883.
 - 26 Ebd.
 - 27 Ebd.
 - 28 Grundsätzlichen Aufgaben der Abteilung Wismut der Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt sowie der Arbeitsgruppe „Wismut“ in Kreisdienststellen und deren Struktur, 08.01.1982, BStU: MfS-AGM-Nr. 206.
 - 29 Grundsätzliche Aufgaben der Abteilung Wismut der Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt sowie der Arbeitsgruppe „Wismut“ in Kreisdienststellen und deren Struktur, 8. Januar 1982, in: BStU: MfS-AGM-Nr. 206; Ergänzung meines Informationsbedarfs für die Leiter der Kreisdienststellen Freital und Pirna und Abteilung XVIII, 25. März 1982, in: BStU: MfS-BV Dresden Stv. Op.-Nr. 260; Sicherungskonzeption für die komplexe politisch-operative Sicherung des Industriezweiges Wismut, in: BStU: MfS-BV Dresden, Abt. XVIII, Nr. 13966.
 - 30 Gesprächskonzeption für ein Gespräch mit dem Generalsekretär der SDAG Wismut, Genossen Woloschtschuk, 19. Mai 1982, in: BStU: MfS-BV Karl-Marx-Stadt-AGK Nr. 2214.
 - 31 Im MfS-Sprachgebrauch verbragen sich hinter dem Begriff Information häufig Ratschläge und Empfehlungen. Wobei der Begriff Information die vermeintliche Freiheit suggerierte, diesen auch nicht Folge zu leisten.
 - 32 Gesprächskonzeption für ein Gespräch mit dem Generalsekretär der SDAG Wismut, Genossen Woloschtschuk, 19. Mai 1982, in: BStU: MfS-BV Karl-Marx-Stadt-AGK Nr. 2214.
 - 33 Ebd.
 - 34 Niederschrift über ein Gespräch mit dem Generaldirektor der SDAG Wismut Genossen Woloschtschuk am 19. Mai 1982, 20. Mai 1982, in: BStU: MfS- BV Karl-Marx-Stadt-AGK Nr. 2214.
 - 35 Ebd.
 - 36 Ebd.
 - 37 Ebd.
 - 38 Schwerpunkte der vorbeugenden schadensabwendenden Arbeit im Bereich der SDAG Wismut, 20. Februar 1985, in: BStU: MfS-BV Karl-Marx-Stadt-AGK-Nr. 8925.
 - 39 Schramm 2011, S. 271-328.
 - 40 Schriftliche Berichterstattung zur Einschätzung der Wirksamkeit und der Ergebnisse des Einsatzes der operativen Kräfte und Mittel zur Gewährleistung einer ständigen Übersicht über brand-, explosions- und havariegefährdete Bereiche, 21. Januar 1985, in: BStU: MfS-BV Karl-Marx-Stadt-AGK-Nr. 8925.
 - 41 Ebd.
 - 42 Zur These, dass erst die Geheimhaltung der Umweltdaten dazu führte, dass sich das MfS mit der Umweltthematik beschäftigte, siehe Stief 2019, S. 15.
Der 16. November 1982 wird in der Literatur als „schwarzer Tag der DDR-Umweltpolitik“ bezeichnet. Vgl. Huff 2015, S. 241.
 - 43 Schröter 1996, S. 343-372.
 - 44 Havarie am Schlammteich des Objektes 101 Crossen am 7. Mai 1961, 9. April 1961, in: BStU: MfS-SdM-1935.
 - 45 Vorläufiger Abschlussbericht Havarie am Schlammteich – Objekt 101, 13. April 1961, in: BStU: MfS-SdM-1935.
 - 46 Ebd.
 - 47 Chronik der Wismut 2011.
 - 48 Informationen zur ungenügenden Beherrschung der Schachtwasserreinigung im Jugendbergbaubetrieb Königstein der SDAG Wismut und damit verbundene Probleme der Durchsetzung der Laugungstechnologie, 4. November 1984, in: BStU: MfS- BV Dresden-Abt. XVI-II, Nr. 16412.
 - 49 6. November 1984, in: BStU: MfS BV Dresden Abt. XVIII-13412.
 - 50 Überprüfung des Sachverhaltes Havarie im Jugendbergbaubetrieb Königstein vom 18.-24. Oktober, 6. November 1984, in: BStU: MfS-BV Karl-Marx-Stadt-Leiter-Nr. 57.
 - 51 Ebd.
 - 52 Ebd.
 - 53 Brief Leiter der BV Dresden an den Leiter der BV Karl-Marx-Stadt, 3. Juli 1984, BStU: MfS-BV Karl-Marx-Stadt-AGK-Nr. 3411.
 - 54 Ebd.
 - 55 Information über die Einleitung ungereinigter Abwässer in die Elbe durch den Jugendbergbaubetrieb Königstein vom 18.-23. Oktober 1984, 5. November 1984, in: BStU: MfS-BV Karl-Marx-Stadt-Leiter-Nr. 57.
 - 56 Überprüfung des Sachverhaltes Havarie im Jugendbergbaubetrieb Königstein vom 18.-24. Oktober 1984, 6. November 1984, in: BStU: MfS-BV Karl-Marx-Stadt-Leiter-Nr. 57.
 - 57 Information zur Abwassersituation im Jugendbergbaubetrieb Königstein, Abteilung Wismut, 7. November 1984; Bericht über den Lösungsaustritt im JBB-Königstein, SDAG Wismut, 6. November 1984, in: BStU: MfS-BV Karl-Marx-Stadt-Leiter-Nr. 57; Auswertung der im Abwassersystem des Bergbaubetriebes Königstein der SDAG Wismut in der Zeit vom 18.-24. Oktober 1984 aufgetretenen außergewöhnlichen Ereignisse, SAAS, 5. November 1984, in: BStU: MfS BV Karl-Marx-Stadt AGK-2188.
 - 58 Auswertung der im Abwassersystem des Bergbaubetriebes Königstein der SDAG Wismut in der Zeit vom 18.-24. Oktober 1984 aufgetretenen außergewöhnlichen Ereignisse, SAAS, 5. November 1984, in: BStU: MfS BV Karl-Marx-Stadt AGK-2188.
 - 59 4. November 1984, in: BStU: MfS BV Dresden Abt. XVIII-13412.
 - 60 BStU: MfS BV Karl-Marx-Stadt AGK-3411.
 - 61 Der Maßnahmenplan entstand im Ergebnis der Beratung der erweiterten Arbeitsgruppe Umweltschutz im JBK. Maßnahmen zur Vermeidung havariebedingter Abflüsse nicht gereinigter Schachtwasser im JBK, 20. November 1984, in: BStU: MfS-HA XVIII-13684.
 - 62 Brief BV Karl-Marx-Stadt Generalmajor Böhm an Generalmajor Gehlert, 17. November 1984, in: BStU: MfS BV Karl-Marx-Stadt AGK-2188.
 - 63 Information über Untersuchungen der Bezirksverwaltung für Staatsicherheit Karl-Marx-Stadt im Zusammenhang mit einem Vorkommnis am 29. Oktober 1984 im JBK der SDAG Wismut, 12. November 1984, in: BStU: MfS- BV Dresden-Abt. XVIII-13412.

- 64 Information über Untersuchungen der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Karl-Marx-Stadt im Zusammenhang mit einem Vorkommnis am 07. Januar 1985 im JBK der SDAG Wismut, 12. November 1984, in: BStU: MfS- BV Dresden-Abt. XVIII-13412.
- 65 Wirksamkeit der vorbeugenden schadensabweisenden Arbeit, insbesondere in havarie- und diversionsgefährdenden Bereichen, Objekten und neuralgischen Punkten im Industriezweig Wismut, Februar 1985, in: BStU: MfS BV Karl-Marx-Stadt AKG-8925.
- 66 Sicherungs- und Bearbeitungskonzeption des Schwerpunktgebietes „chemische Laugung“ im Jugendbergbaubetrieb Königstein der SDAG Wismut, 6. Dezember 1985, in: BStU: MfS-BV Dresden-KD Prina-70024.
- 67 Ebd.
- 68 Informationen zur ungenügenden Beherrschung der Schachtwasserreinigung im Jugendbergbaubetrieb Königstein der SDAG Wismut und damit verbundene Probleme der Durchsetzung der Laugungstechnologie, 4. November 1984, in: BStU: MfS- BV Dresden-Abt. XVI-II-13412.
- 69 Chronik der Wismut 2011, S. 1867-1945.
- 70 Konzeption zur politisch-operativen Sicherung des Bereiches Strahlenschutz, Umweltbelastung und Koordinierung und zu vorbeugenden Verhinderung von Angriffen, 22. April 1988, in: BStU: MfS-HA XVIII-18233.
- 71 22. April 1988, in: HA XVIII-18233.
- 72 Vesting 2003.
- 73 Quellen, die diese Behauptung belegen, liegen der Autorin vor, konnten aber im Rahmen dieses Beitrages noch nicht eingearbeitet werden.
- SCHRÖTER, Harm:
1996 Die Wismut, der Umweltschutz und ein zentrales Dokument, in: Karlsch/Schröter (Hg.): Strahlende Vergangenheit, S. 343-372
- SIMON, Manfred/ZWIRNMANN, Karl-Heinz:
2019 Wasserbewirtschaftung in der DDR – Entwicklung, Leistung und Ergebnisse einer Wasserbewirtschaftung nach Flussgebieten, Friedland 2019
- STIEF, Martin:
2019 „Stell die Bürger ruhig“ – Staatssicherheit und Umweltzerstörung im Chemierevier, Halle-Bitterfeld/Göttingen 2019
- TANTZSCHER, Monika:
1998 „In der Ostzone wird ein neuer Apparat aufgebaut“. Die Gründung des DDR-Staatssicherheitsdienstes, in: Deutschland Archiv 31 (1998), H. 1, S. 48-56
- THÜRNAGEL, Wilhelm:
2014 Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung in der DDR – Die VEB Wasserversorgung und Abwasserbehandlung. Abriss der Entwicklung, der Organisation, des Leistungsstandes und der Schwächen und Hemmnisse, Friedland 2014
- VESTING, Justus:
2003 Mit dem Mut zum gesunden Risiko – Die Arbeitsbedingungen von Strafgefangenen und Bausoldaten in den Betrieben der Region Bitterfeld, Buna und Leuna (hg. vom Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt), Magdeburg 2003
- WILKENIG, Christina:
1990 Staat im Staate – Auskünfte ehemaliger Stasi-Mitarbeiter, Berlin 1990
- WISMUT GmbH (Hg.):
2011 Chronik der Wismut, 2. Aufl. Chemnitz 2011

Bibliografie

- BARCKLEIT, Gerhard:
2011 Sonderzonen – Das Sicherheitsregime bei der Wismut, in: Boch/Karlsch (Hg.): Uranbergbau im Kalten Krieg, S. 158-222
- BOCH, Rudolph/KARLSCH, Rainer (Hg.):
2011 Uranbergbau im Kalten Krieg. Die Wismut im sowjetischen Atomkomplex, Bd. 1: Studie, Berlin 2011
- GIESEKE, Jens:
2000 Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit – Personalstruktur und Lebenswelt 1950-1989/90, Berlin 2000
- 2006 Der Mielke-Konzern: Geschichte der Stasi 1945–1990, München 2006
- 2011 Die Stasi, 1945-1990, München 2011
- GORDIEWSKY, Oleg/ANDREW, Christopher:
1990 KGB – Die Geschichte seiner Auslandsoperationen von Lenin bis Gorbatschow, München 1990
- HERBST, Andreas/RANKE, Winfried/WINKLER, Jürgen (Hg.):
1994 So funktionierte die DDR, 2 Bde., Hamburg 1994
- HUFF, Tobias:
2015 Natur und Industrie im Sozialismus. Eine Umweltgeschichte der DDR, Göttingen 2015
- KARLSCH, Rainer:
2007 Uran für Moskau. Eine populäre Geschichte, Berlin 2007
- KARLSCH, Rainer/SCHRÖTER, Harm (Hg.):
1996 Strahlende Vergangenheit. Studien zur Geschichte des Uranbergbaus der Wismut, St. Katharinen 1996
- KARLSCH, Rainer/ZEMAN, Zbynek:
2002 Urangehheimnisse. Das Erzgebirge im Brennpunkt der Weltpolitik 1933-1960, Berlin 2002
- KOWALCZUK, Ilko-Sascha:
2013 Stasi konkret – Überwachung und Repression in der DDR, München 2013
- MÜLLER-ENBERGS, Helmut:
2008 Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil 3: Statistiken, Berlin 2008
- SACHAROW, Andrej:
1991 Mein Leben, München 1991
- SCHELLER, Veit:
2009 Die Regionale Staatsmacht – Der Rat des Bezirkes Chemnitz/Karl-Marx-Stadt 1952-1990, Halle-Saale 2009
- SCHRAMM, Manuel:
2011 Strahlenschutz im Uranbergbau. DDR und Bundesrepublik im Vergleich (1945-1990), in: Boch/Karlsch (Hg.): Uranbergbau im Kalten Krieg, S. 271-328
- 2012 Uranium Mining and the Environment in East and West Germany, in: RCC Perspectives, No. 10, Mining in Central Europe. Perspectives from Environmental History, München 2012, S. 71-87

Anschrift der Autorin

Dr. Sabine Loewe-Hannatzsch
Institut für Industriearchäologie, Wissenschafts- und
Technikgeschichte
TU Bergakademie Freiberg
Silbermannstraße 2
09599 Freiberg